

ANTRAGSBUCH



LANDESPARTEITAG 2014.1



Inhaltsverzeichnis

1 Satzungsänderungsanträge	5
SÄA001 Beitragsminderung in die Satzung	6
SÄA002 Anträge an den Landesvorstand	7
SÄA003 §6a(5) Quorum für außerordentliche VoSi	8
SÄA004 6a(1a) Aufgaben des Vorsitzenden	9
SÄA005 Präambel zur Satzung	10
2 Programmanträge	11
PA001 Symmetrische Bandbreite	12
PA002 Direkte Demokratie 3 – Petitionsgesetz	13
PA003 Ende-zu-Ende Verschlüsselung elektrischer Kommunikation	15
PA004 Stärkung, Weiterentwicklung bzw. Einführung der Bürgerbeteiligungshaushalte 2	16
PA005 Jugendpolitik	17
3 Sonstige Anträge	19
X001 Beendigung der Moderation der Thüringer Hauptmailingliste	20
X002 Kinderbetreuung auf Parteitag und Plenen ist Pflicht!	21



1 Satzungsänderungsanträge

SÄA001 Beitragsminderung in die Satzung

<i>Eingangsdatum:</i>	07.12.2013
<i>Autor(en):</i>	AnBe
<i>Art des Antrags:</i>	§2
<i>Zuordnung:</i>	
<i>Kurzfassung:</i>	12 Euro pro Jahr, keine Prüfung/Nachweispflicht der Bedürftigkeit
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/> Dagegen <input type="checkbox"/> Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, das Folgende in §2 Absatz (5) in die Landessatzung einzufügen:
In finanziellen Härtefällen kann jedes Mitglied beim Landesvorstand formlos und schriftlich die Minderung des Mitgliedsbeitrag beantragen. Der geminderte Mitgliedsbeitrag beträgt 12 Euro pro Kalenderjahr und ist am 01.01. eines jeden Jahres fällig. Der Antrag wird vom Landesvorstand ohne weitere Prüfung beschlossen.

Begründung

Wir fordern die Abschaffung der Hartz4-Sanktionen, halten diese Repressalien aus Sicht Privatsphäre, Menschenwürden, usw. für vollkommen indiskutabel. Aus diesem Grund werden wir auch keine Prüfung der Bedürftigkeit unserer Mitglieder durchführen.

SÄA002 Anträge an den Landesvorstand

<i>Eingangsdatum:</i>	22.02.2014		
<i>Autor(en):</i>	Gerald		
<i>Art des Antrags:</i>	§6a (6)		
<i>Zuordnung:</i>			
<i>Kurzfassung:</i>	Klarstellung, in welchem Zeitrahmen der Landesvorstand an ihn gestellte Anträge zu behandeln hat und inwieweit diese vertagt werden dürfen.		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Ich beantrage §6a (6)

(6) Jede natürliche Person und jedes Organ der Piratenpartei Thüringen und ihrer Untergliederungen ist berechtigt, Anträge an den Vorstand zu stellen.

durch

(6) Jede natürliche Person und jedes Organ der Piratenpartei Thüringen und ihrer Untergliederungen ist berechtigt, Anträge an den Vorstand zu stellen. Anträge sind möglichst zur nächsten Sitzung zu behandeln und dürfen maximal zweimal vertagt werden.

zu ersetzen.

Begründung

Wir haben in unserer Satzung bereits ein sehr breites Antragsrecht an unseren Landesvorstand. Dieser Antrag konkretisiert dieses Recht durch eine maximale Frist(3 Monate) innerhalb derer ein eingereicherter Antrag behandelt werden muss.

Dadurch wird sichergestellt, dass Antragsteller einen Beschluss des Landesvorstands zu ihrem Antrag innerhalb akzeptabler Zeit erhalten. Der Antrag forciert somit eine Präferenz für Ablehnung umstrittener Anträge statt eines „Vor-sich-her-schiebens“ im Interesse einer klaren Positionierung.

SÄA003 §6a(5) Quorum für außerordentliche VoSi

<i>Eingangsdatum:</i>	22.02.2014		
<i>Autor(en):</i>	Blumenauseis		
<i>Art des Antrags:</i>	§6a(5)		
<i>Zuordnung:</i>			
<i>Kurzfassung:</i>	Obergrenze für Quorum		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Der Parteitag möge beschließen, den folgenden Text

Auf Antrag eines Zehntels der Piraten des Landesverbandes kann der Landesvorstand zum Zusammentritt aufgefordert und mit aktuellen Fragestellungen befasst werden. Die Antragssteller sind mit Name festzuhalten und dem Antrag beizufügen.

durch den neuen Text

Auf Antrag eines Zehntels der Piraten des Landesverbandes, maximal jedoch [N], kann der Landesvorstand zum Zusammentritt aufgefordert und mit aktuellen Fragestellungen befasst werden. Die Antragssteller sind mit Name festzuhalten und dem Antrag beizufügen.

Dabei ist [N] durch modulare Abstimmung zu ersetzen durch entweder a) 10 b) 15 oder c) 20.

zu ersetzen.

Begründung

Dieser Passus stammt noch aus dem Original-Satzungstext von 2009. Damals hatte der Landesverband noch weit unter 100 Mitglieder, 10% wären also weniger als 10 Piraten gewesen. Diese Zahl ist auch ausreichend, da sie in diesem Passus ja dazu dienen soll, eine gewisse Mindesthürde einzuführen und nicht dazu, Die Inanspruchnahme dieses Rechts quasi wieder unmöglich zu machen.

SÄA004 6a(1a) Aufgaben des Vorsitzenden

<i>Eingangsdatum:</i>	22.02.2014		
<i>Autor(en):</i>	Blumenauseis		
<i>Art des Antrags:</i>	§6a(1a)		
<i>Zuordnung:</i>			
<i>Kurzfassung:</i>	Klarstellung, in welchem Zeitrahmen der Landesvorstand an ihn gestellte Anträge zu behandeln hat und inwieweit diese vertagt werden dürfen.		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Ich beantrage, den folgenden Text unter §6a(1a) neu in die Satzung einzufügen:

„Zu den Aufgaben des Vorsitzenden innerhalb des Vorstands gehört es, die Arbeit des Vorstands zu koordinieren, eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Workloads zu gewährleisten sowie für eine konstruktive Arbeitsatmosphäre auf persönlicher wie professioneller Ebene Sorge zu tragen. Die weiteren Aufgaben des Vorsitzenden werden durch die Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.“

Die folgende Nummerierung ist entsprechend anzupassen.

Begründung

Die Erfahrung zeigt, dass die Qualität der Vorstandsarbeit maßgeblich von der Koordination und der Arbeitsatmosphäre innerhalb des Vorstandes abhängt. Damit der Vorstand als Team zusammenarbeiten kann, ist es nötig, dass ein Teamleiter dafür Sorge und auch die Verantwortung trägt. Diese Rolle sollte satzungsgemäß der Vorsitzende innehaben, einzelne Aufgaben können dann aber natürlich auch von anderen Vorstandsmitgliedern übernommen werden.

SÄA005 Präambel zur Satzung

<i>Eingangsdatum:</i>	22.02.2014
<i>Autor(en):</i>	Käptn Nemo
<i>Art des Antrags:</i>	§0
<i>Zuordnung:</i>	
<i>Kurzfassung:</i>	Der LV gibt sich eine Präambel zur Satzung
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/> Dagegen <input type="checkbox"/> Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

“Der Landesverband Thüringen betrachtet die Piratenpartei Deutschland im Selbstverständnis, und im Gleichklang mit der Bundessatzung und dem Grundsatzprogramm, als sozialliberale Partei. Der Landesverband der Piratenpartei Thüringen bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG, eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.”

2 Programmanträge



PA001 Symmetrische Bandbreite

<i>Eingangsdatum:</i>	07.11.2013		
<i>Autor(en):</i>	HorayNarea		
<i>Art des Antrags:</i>	Programmänderungsantrag		
<i>Zuordnung:</i>	Digitale Kultur		
<i>Kurzfassung:</i>	Einfügen von „symmetrischer Bandbreite“ weil Upload ist wichtig!		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Der Parteitag möge beschließen, den folgenden Text

Daher setzen sich die Piraten für eine schnelle Einführung eines Breitbanduniversaldienstes mit aktuell mindestens 6 MBit/s ein. Dieser Wert ist regelmäßig dem Stand der Technik anzupassen.

durch den neuen Text

Daher setzen sich die Piraten für eine schnelle Einführung eines Breitbanduniversaldienstes mit aktuell mindestens 6Mbit/s

Down- sowie Upload (symmetrische Bandbreite) ein. Dieser Wert ist regelmäßig dem Stand der Technik anzupassen.

zu ersetzen.

Begründung

Erklärung zu symmetrischer Bandbreite für die nicht-Nerds: <https://de.wikipedia.org/wiki/Symmetri...>

Um am „digitalen Leben“ teilhaben zu können muss man auch schnellen Upload haben z.B. für die persönliche „Cloud“ /Off-Site-Backups (auch in anbetracht des NSA-Überwachungs-Skandals), Videouploads und „Hangouts“/Livestreams/(HD-)Videotelefonie.

PA002 Direkte Demokratie 3 – Petitionsgesetz

<i>Eingangsdatum:</i>	17.12.2013		
<i>Autor(en):</i>	Unterstrichmoepunterstrich		
<i>Art des Antrags:</i>	Programmantrag		
<i>Zuordnung:</i>	Demokratie & Bürgerbeteiligung		
<i>Kurzfassung:</i>	Vorstellung von Petitionen bis in untere Gliederungen		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Der Parteitag möge beschließen, den folgenden Text

Einführung von E-Petitionen auf allen Verwaltungsebenen

Neue Technologien eröffnen vielfältige Formen der direkten Bürgerbeteiligung. In Thüringen wird die Chance einer unkomplizierten und direkten Bürgerbeteiligung durch E-Petitionen jedoch bisher nicht genutzt. Wir fordern eine schnellstmögliche Einführung dieser Form der demokratischen Einflussnahme.

durch den neuen Text

Die PIRATEN Thüringen fordern »öffentliche Petitionen« auch in Thüringen. Elektronische Medien werden immer wichtiger in unserer Gesellschaft, angesichts dieser Bedeutung sollte es möglich sein Petitionsvorschläge online einzureichen. Dabei orientiert sich das Petitionssystem am System des Bundestages. Die Verfahrensgrundsätze des Petitionsausschusses sollen sich an den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses im Bundestag für öffentliche Petitionen orientieren. Zusätzlich sollen in jeder Sitzungswoche die Petitionen mindestens eine Stunde im Plenum inhaltlich diskutiert werden. Weiterhin ist es erstrebenswert die Antragstellung möglichst unbürokratisch zu gestalten. Sofern eine Stellungnahme der Landesregierung erforderlich ist, hat diese binnen sechs Wochen zu erfolgen. Die Anhörung der Vertrauensperson erfolgt in einer öffentlichen Anhörung vor dem Petitionsausschuss. Es muss ein Quorum von 200 Mitzeichnern erreicht werden, damit eine Petition öffentlich im Petitionsausschuss vorgetragen wird. Dieser tagt öffentlich und überträgt die Anhörung ins Internet. Auf niedrigeren Verwaltungsebenen sind öffentliche Petitionen in gleichen Maße zu realisieren, wobei das Quorum anzupassen ist. Mit Hilfe einer Diskussionsplattform soll es Bürgern ermöglicht werden, sich anonym auszutauschen.

zu ersetzen.

Begründung

Vorwort: beim letzten LPT stand dieser Antrag auch auf der TO, allerdings fiel mir auf, dass man den auch so lesen kann, dass man bis in die niedrigste Gliederung 200 Mitzeichner braucht.

Mehr Demokratie e.V. Thüringen hat in der Quelle [1] ihre Meinung zum Gesetzentwurf der CDU/SPD abgegeben. Es scheint, dass man den Gesetzentwurf der LINKEN pauschal ablehnt hatte, weil dieser von einer Oppositionspartei kommt, obwohl der Entwurf zum Postiven geändert wurde.

Das System soll dabei genauso wie das bekannte Petitionssystem des Bundestages sein. Eine Frist für die Landesregierung zwingt die Landesregierung zur raschen Bearbeitung. Vorschläge des Antrags sind entnommen von Mehr Demokratie e.V. Thüringen.

Mehr Demokratie e.V. Thüringen hat festgestellt, dass die Mitzeichner für das Quorum relativ willkürlich gewählt sind und keiner so wirklich weiß, wie die sich eigentlich zusammen setzen. Die LINKE hatte 200 Mitzeichner gefordert und der (Konkurrenz)Antrag der CDU/SPU ein Quorum von 1500 Mitzeichnern.

Unsere Grundprinzipien direkter Demokratie, sind für den Anfang, ein Online-Petitionssystem, mit einem Quorum, welches machbar ist, sowie Volksbegehren, Volksentscheid und Bürgerantrag, bei dem die deutlich weniger Leute mitzeichnen müssen, als dies aktuell der Fall ist.

Da wir dazu schon was im Programm hatten, habe ich dies mit eingearbeitet und Landtag durch „alle Verwaltungsebenen“ ersetzt.

In § 48 der Geschäftsordnung für die konstituierende Nationalversammlung in der Paulskirche 1848 stand: „Dem Petitionsausschuss ist ein bestimmter Tag in jeder Woche zur Vorlegung seiner Berichte einzuräumen. Erst nach völliger Erledigung dieser Berichte kann zur anderweitigen Tagesordnung übergegangen werden.“ Durch eine inhaltliche Diskussionen bekommen die Themen mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Auch verläuft dann manch andere Debatte im Plenum anders. Das ist keinesfalls eine 1:1 Übernahme des P-Ausschusses ins Plenum.

Quelle:

[1] [www.mehr-demokratie.de/fileadm ...](http://www.mehr-demokratie.de/fileadm...)

PA003 Ende-zu-Ende Verschlüsselung elektrischer Kommunikation

<i>Eingangsdatum:</i>	30.12.2013		
<i>Autor(en):</i>	Unterstrichmoepunterstrich		
<i>Art des Antrags:</i>	Leitlinie		
<i>Zuordnung:</i>	Daten- und Informationsfreiheit		
<i>Kurzfassung:</i>	Ende-zu-Ende Verschlüsselung von E-Mails		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Behörden und andere Institutionen profitieren enorm von elektronischer Kommunikation, da dadurch Prozessabläufe schneller geschehen. Dabei soll eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung gewährleistet werden. Alle im Internet veröffentlichten E-Mail-Adressen und Signaturen in E-Mails des Nutzerkreis sollen auf die Verschlüsselungsmöglichkeit hinzuweisen. Es sollen das weit verbreitete Verschlüsselungsprogramm GPG (GNU Privacy Guard), sowie zusätzlich der S/MIME-Standard zur Verschlüsselung zum Einsatz kommen. Öffentliche Schlüssel für GPG sind auf öffentlichen Schlüsselservern zu hinterlegen.

Begründung

Behörden profitieren enorm z.B. kann man Sozialämtern/Versorgungsämtern Arztbriefe auch per E-Mail schicken. Mailkontakt mit dem Jobcenter. Natürlich im Klartext.

Friedrich hatte im Zuge des NSA Skandals die Deutschen aufgerufen, mehr für den Schutz ihrer Daten zu tun. Bisher ist mir in ganz Thüringen eine E-Mailadresse bekannt, mit der man verschlüsselt kommunizieren kann: die vom Thüringer Beauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Piraten Berlin haben das auch eingebracht, wurde aber abgelehnt. [1]

Als Programm kommt Gpg4win zum Einsatz. Meinetwegen mit Outlookplugin Habe den Antrag abgeändert, da OpenPGP einfacher ist, als S/MIME

Warum beides?

Je nachdem wo man hinschaut, ist eines von beiden verbreiteter: So wird S/MIME oft von Unternehmen genutzt, vorallem da ein „Rollout“ einfacher als unter GPG ist. GPG nutzen meist nur Privatleute oder Leute, die sich im IT-Bereich auskennen.

PS: B-Lichtenberg supportet S/Mime bekommt aber nie verschlüsselte E-Mails. Es gibt kostenlose basis S/MIME Zertifikate (1 Jahr) aber das einzurichten ist nicht grad trivial.

[1] [fraktion-piraten-lichtenberg.d ...](http://fraktion-piraten-lichtenberg.d...)

PA004 Stärkung, Weiterentwicklung bzw. Einführung der Bürgerbeteiligungshaushalte 2

<i>Eingangsdatum:</i>	07.01.2014		
<i>Autor(en):</i>	Unterstrichmoepunterstrich		
<i>Art des Antrags:</i>	Leitlinie		
<i>Zuordnung:</i>	Demokratie & Bürgerbeteiligung		
<i>Kurzfassung:</i>	Wie stellen wir uns Bürgerbeteiligungshaushalte in Kommunen vor		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Bisher gibt es kein Bürgerhaushaltsmodell, welches in jeder Stadt oder Gemeinde gleich gut bzw. gleich schlecht funktioniert. Daher muss der Wille vorhanden sein, bestehende Bürgerhaushalte zu analysieren und diese ggf. anders gestalten. Dabei sollen interessierte Bürger auch mit eingebunden werden. Dabei soll die Verwaltung auf gleicher Augenhöhe mit Bürgern debattieren und handeln. Auch wäre eine Einbindung von ehrenamtlichen Bürgern in den Bürgerhaushalt möglich. Das Land Thüringen soll in diesem Bereich Hilfestellung geben und Informationsmaterial anbieten.

Begründung

Dieser Teil soll das „Wie wollt ihr es umsetzen?“ klar stellen. Da es verschiedene Modelle von Bürgerhaushalten gibt, funktionieren diese nicht zwangsläufig überall gleich. Teilweise sträubt sich die Stadtverwaltung und die Politik auch noch, so dass es darum geht klar zu stellen, dass die Verwaltung möglichst neutral handeln sollte und nicht nach dem Wunsch der Politik. Teilweise werden Bürgerhaushalte in Arbeitsgemeinschaften abgewickelt - auch wäre es z.B. denkbar, dass zufällig gewählte Bürger aus einer AG die Anträge selektieren, denn gerade in Gemeinden wird es schwer, wenn dort sehr viele Anträge anfallen. Berlin-Lichtenberg hat z.B. zwei Vollzeitstellen, die sich nur um den Bürgerhaushalt kümmern, allerdings bei klammen Kassen wird sowas schwer zu realisieren.

PA005 Jugendpolitik

<i>Eingangsdatum:</i>	05.02.2014		
<i>Autor(en):</i>	Kaelbchen19		
<i>Art des Antrags:</i>	Leitlinie		
<i>Zuordnung:</i>	Jugend und Familie		
<i>Kurzfassung:</i>	Jugendpolitisches Wahlprogramm		
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/>	Dagegen <input type="checkbox"/>	Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Der LPT möge folgendes in das Wahlprogramm unter Jugend und Familie aufnehmen, es ist modular abzustimmen:

- Modul A (Überschrift und einleitender Text):

Jugendpolitik

Zielgruppenorientierte, eigenständige Jugendpolitik stellt eine nachhaltige Entwicklungsgarantie dar. Jugend ist Zukunft und Gegenwart. Sie zu fördern und in ihrem Handeln zu unterstützen ist eine der Hauptaufgaben der Politik. Hierbei geht es nicht darum bevormundend „für die Jugend“ zu entscheiden, sondern viel eher Rahmenbedingungen für ein verantwortungsvolles, selbstbestimmtes und mündiges Handeln junger Menschen zu schaffen.

- Modul B:

Jugendverbandsarbeit

Jugendverbandsarbeit soll einen Rahmen der Jugendarbeit darstellen. Sie hat die Aufgabe, Jugendgruppen politisch zu vertreten. Diese Struktur gilt es zu fördern, in beratender und finanzierender Funktion. Gleiche Voraussetzungen für alle Teilnehmer jugendverbandlicher Aktivitäten, in Form von Freizeiten, Projekten oder Gruppenstunden, zu schaffen, stellt eine komplexe Aufgabe dar. Ein großer Beitrag, diese Problematik zu bewältigen, wird durch die Jugendringe geleistet. Jedoch variiert die Förderung, abhängig von Landkreis und Stadt. Dies ist unabhängig von wirtschaftlichen und kulturellen Begebenheiten, es basiert einzig auf Beschlüssen der Kommunalparlamente, die von Natur aus keinen tiefgründigen Einblick in die Gesamtheit der örtlichen Jugendverbände, deren Arbeit und auch die überregionalen Aktivitäten haben können. Eine qualitative Entscheidung über Finanzen ist ihnen daher unmöglich. Die Piratenpartei setzt sich daher für eine engere Vernetzung der Verwaltungsebenen der Jugendverbände und den zuständigen Parlamenten ein.

- Modul C:

Außerschulische Bildung

Außerschulische Bildung ist gleichwertig zur Schulbildung. Die Referenten, die diese durchführen, sind Pädagogen und Fachkräfte, die praxisnah ihr Fachgebiet vermitteln können. Nonformale Bildung stellt folglich eine Grundsäule unseres Bildungssystems dar und sollte stärker gefördert werden. Einige Referenten bangen nahezu jährlich um ihre Arbeitsstelle, da die Finanzierung durch sogenannte „Bildungslose“ vergeben wird und eine längerfristige Projektfinanzierung erschweren. Die Piratenpartei fordert eine Überarbeitung dieses Systems. Kontinuität ist gerade in der Jugendarbeit eine wichtige Voraussetzung. Jugendverbände schaffen eine Ergänzung und können sich Stellen auf längere Sicht immer schlechter finanzieren. Dieses Prinzip muss überdacht werden und eine generelle, intensivere Förderung der Anbieter Nonformaler Bildung angeregt werden. Dazu soll die Ko:operation mit Vereinen und (Erwachsenen-) Verbänden gestärkt werden.

- Modul D:

Finanzielle Förderung

Es ist bedauerlich, dass in einigen Kreisen und Kommunen die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mehr Geld wert ist, als in anderen. So schwankt die finanzielle Förderung von Freizeiten und Projekten. Dem entsprechend schwankt das Niveau der Angebote. Die Piratenpartei verlangt nach einem thüringenweiten Angleich in Form eines geeigneten Stufenmodells.

- Modul E:

Eigenständige Jugendpolitik

Im Rahmen der eigenständigen Jugendpolitik wurden vielerorts so genannte „Kinder- und Jugendparlamente“ eingerichtet, in denen „Alibi-Jugendliche“ Kommunalparlament spielen dürfen, ohne dabei geringsten Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Die Piratenpartei fordert, Kindern und Jugendlichen endlich die im Koalitionsvertrag zugesicherten Rechte und Pflichten im Rahmen der eigenständigen Jugendpolitik zuzusprechen. Hierbei muss zielgruppenorientierte Politik durch die Zielgruppe selbst gemacht werden. Durch diese Verantwortung lernt die Zielgruppe demokratische Strukturen kennen und bringt sich kritisch in Debatten ein. Die Bevormundung durch wirklichkeitsfremde Gremien muss ein Ende haben. Jugendliche haben das Hausrecht in der Jugendpolitik. Sie sind von Natur aus bessere Experten, als Berufspolitiker. Der Jugend einen angemessenen Platz in unserer Gesellschaft zu geben, den sie selbst sich wählt und ihr Achtung und Respekt zukommen zu lassen, ist nachhaltige Politik. Es ist die Aufgabe der Erwachsenen- generation, sie in ihrem Lernprozess zu begleiten und zu beraten. Nur durch eigenständige Jugendpolitik kann dieser Prozess angeregt und entscheidend gefördert werden, denn durch Bevormundung sammelt kein Jugendlicher die nötigen Erfahrungen, die er im Leben zukünftig braucht. Die Piratenpartei sieht ihre Aufgabe darin, der Jugend eine Welt zu schaffen, in der die Junge Generation mit Freude lernt und lebt.

Begründung

Die Piratenpartei hat sich bisher noch nicht zum Thema Jugendpolitik klar positioniert. Es wird Zeit, vor allem junge Wähler zu werben und unsere Partei in eine Vorreiterposition im Bezug auf dieses Thema zu katapultieren.

3 Sonstige Anträge

X001 Beendigung der Moderation der Thüringer Hauptmailingliste

<i>Eingangsdatum:</i>	06.11.2013
<i>Autor(en):</i>	Andreaks
<i>Art des Antrags:</i>	Sonstiges
<i>Zuordnung:</i>	
<i>Kurzfassung:</i>	Der Landesparteitag möge beschließen, die Moderation der Thüringer Hauptmailingliste zu beenden.
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/> Dagegen <input type="checkbox"/> Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, die Moderation der Thüringer Hauptmailingliste zu beenden.

Begründung

Die Moderation ist unnötig und nicht zielführend. Da keine Einigung darüber erzielt werden kann, ob Moderation mit Zensur gleichzusetzen ist, wir als Piraten Zensur aber grundsätzlich ablehnen, ist die Beendigung der Moderation der Thüringer Hauptmailingliste unabdingbar.

Anmerkung: Ich bitte um rechtzeitige und sachliche Diskussion.

X002 Kinderbetreuung auf Parteitag und Plenen ist Pflicht!

<i>Eingangsdatum:</i>	27.01.2014
<i>Autor(en):</i>	CBeuster
<i>Art des Antrags:</i>	Sonstiges
<i>Zuordnung:</i>	
<i>Kurzfassung:</i>	Die PIRATEN Thüringen setzen sich selber die Pflicht bei Parteitag und Plenen im Land für eine Betreuung der Kinder zu sorgen.
<i>Abstimmung:</i>	Dafür <input type="checkbox"/> Dagegen <input type="checkbox"/> Enthaltung <input type="checkbox"/>

Antragstext

Die PIRATEN Thüringen setzen sich selber die Pflicht bei Parteitag und Plenen im Land für eine Kinderbetreuung zu sorgen. Entsprechend muss vor diesen Veranstaltungen für Personal und Platz gesorgt werden.

Begründung

kommt noch

